

Exit oder Exitus

Vorabdruck. Zur Lage Griechenlands in der Euro-Zone

Klaus Wagener

In der nächsten Woche erscheint mit dem Schwerpunkt »Griechenland« das Heft 4/2015 der *Marxistischen Blätter*. Neben Beiträgen der *jW*-Autoren Lucas Zeise und Martin Seckendorf ist darin auch ein ausführliches Interview mit Nikolas Theodorakis, einem Funktionär der kommunistisch orientierten Gewerkschaft PAME, enthalten. Klaus Wagener, Redakteur der Theoriezeitschrift, entwirft ein Bild von der ökonomischen Situation des Balkanstaates. Sein vom Autor für *jW* überarbeiteter Beitrag wird leicht gekürzt wiedergegeben. Die *Marxistischen Blätter* können unter info@neue-impulse-verlag.de bestellt werden. (jW)

Es macht wenig Sinn, die Situation zu beschönigen: Griechenland ist pleite. Spätestens seit Giorgos Papandreou am 27. April 2010 auf der Insel Kastelorizo die Zahlungsunfähigkeit eingestanden hat, ist es auch offiziell. Was inzwischen passierte, ist politisch motivierte Konkursverschleppung. Mit der zynischen Konsequenz, dass die so aufrechterhaltene Negativdynamik, trotz Schuldenschnitts, die Dinge naturgemäß nicht bessert, sondern nach und nach die gesamte Gesellschaft zerstört. Die griechische Krise, die auch Teil der Euro-Krise und Teil der Weltwirtschaftskrise ist, beginnt nicht 2010 und endet nicht in einem eventuellen Deal der Syriza-Regierung mit den »Institutionen«.

Griechenland ist ein kapitalistischer Staat, und selbstredend steht die griechische Bourgeoisie in dieser Lage nicht als blütenreine Unschuld da. Schon in der Zeit der deutschen Besatzung hatten Bürgerliche und Royalisten im Kampf gegen die Griechische Volksbefreiungsarmee ELAS mit dem deutschen Faschismus kollaboriert. Ab Oktober 1944 übernahmen die Briten und schließlich auch die USA von den abgerückten Faschisten die Aufgabe, die griechische Bourgeoisie an der Macht zu halten bzw. sie wieder an die Macht zu bringen – gegen die sich schnell etablierenden Volksbefreiungskräfte und in der Folge gegen die Demokratische Armee Griechenlands. Schon dieser brutale Krieg mit den Bajonetten fremder Mächte gegen das eigene Volk begünstigte in Griechenland den typischen Zynismus einer Kompradorenbourgeoisie, die das Elend des Landes ungerührt lässt, wenn nur der eigene Luxus gesichert ist. Der Krieg gegen die Volksfront von 1942 bis 1949 kostete mehr als 100.000 Menschen das Leben. Es versteht sich von selbst, dass vor diesem Hintergrund diese korrupte griechische Oligarchie Steuern zu zahlen für ehrenrührig hält.

Als sich die griechische Linke in den 1960er Jahren von dem gewaltigen Blutzoll zu erholen begann und mit Georgios Papandreou (1888–1968) ein eher linker Ministerpräsident die absolute Mehrheit errang, sahen Royalisten, Bourgeoisie und Militärs den Punkt erreicht, ihre eigens aufgestellten verfassungsmäßigen Spielregeln im Orkus zu versenken. Trotz der klaren parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse wurde Papandreou vom König abgesetzt. Und als auch dieser royale Putsch das Blatt nicht zugunsten der Rechten wendete, zog das griechische Militär, gestützt durch die CIA, am 21. April 1967 die faschistische Karte. Griechenland hatte als einziges NATO-Land auf dem Balkan (ab 1952) für »den Westen« eine überragende geostrategische Bedeutung. Die griechische Rechte konnte sich der US-Unterstützung jederzeit sicher sein. Eine Lage, die insbesondere mit Blick auf den neuen, alten Feind Russland bis heute fortbesteht und angesichts der – Krise hin oder her – völlig überproportionalen griechischen Rüstung mehr als deutlich wird.

Diese geostrategische Grundkonstante dürfte auch wirksam gewesen sein, als Griechenland 1981 Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG wurde und 2001 sogar der Euro-Zone beitreten konnte. Allein der damalige Schuldenstand von 103 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) hätte nach den geltenden Konvergenzkriterien (Schuldenstand maximal 60 Prozent vom BIP, Nettoneuverschuldung pro Jahr maximal drei Prozent davon) eine Aufnahme ausgeschlossen. Die graduelle Aufhübschung der Zahlen durch die US-Zockerbuden, vor allem durch die Investmentbank Goldman Sachs, dürfte selbst der EU-Bürokratie kein überschuldetes X für ein solventes U vorgemacht haben. Schwer vorstellbar, dass den relevanten Entscheidern die reale Lage Griechenlands unbekannt geblieben sein soll.

Der Euro-Boom bis 2003

Der Euro-Beitritt ermöglichte der griechischen Wirtschaft einen enormen Boom. In den sechs Jahren von 2003 bis zum Eintritt

in die Krise 2008 wuchs das BIP laut dem EU-Statistikinstitut Eurostat nominal um 35,5 Prozent; pro Jahr also durchschnittlich um sechs Prozent. Die nominalen Arbeitnehmerentgelte stiegen im selben Zeitraum sogar um 42 Prozent. In dieser gefühlten Wohlstandsexplosion dürfte die entscheidende Ursache für die bis heute anhaltende Euro-Euphorie der griechischen Bevölkerung liegen. Allerdings ist bei den Löhnen wie beim BIP der Zustand von 2003 längst wieder erreicht – zu Preisen von 2015.

2003 lag der Lohnanteil am BIP bei gerade 33,1 Prozent, die Selbständigeneinkommen und Unternehmensgewinne lagen dagegen bei 46,8 Prozent. Während der Lohnanteil bis heute stagniert, konnten letztere trotz Krise auf 57 Prozent des BIP zulegen. Da Krise vor allem Lohnsenkung und Konkurs des Kleingewerbes bedeutet, dürften in Griechenland die Krisengewinnler in der Mehrheit bei den monopolisierten Teilen des Kapitals, insbesondere im Schiffahrtssektor anzusiedeln sein. Im September 2009 notierten die privaten Bankeinlagen ein Hoch von 237 Milliarden Euro, seitdem schrumpften die Einlagen um 117 Milliarden Euro. Ein Einbruch von 49,4 Prozent. Die Oligarchie dürfte ihre Beute mittlerweile weitgehend in die allseits bekannten Finanzmetropolen verbracht haben.

Der niedrige Lohnanteil am BIP ist auch Ausdruck eines für europäische Verhältnisse niedrigen Industrialisierungsgrades. Inklusive Bauwirtschaft beträgt der BIP-Beitrag der Industrie rund 23 Prozent, der Tourismus steuert etwa zehn Prozent bei, die Landwirtschaft und die Hochseeschifffahrt je sieben Prozent (letztere ist ein äußerst zweifelhafter Wert, der den wahren Umfang dieses Sektors allenfalls steuerlich, real aber in keiner Weise widerspiegelt). Das sind ausgesprochen ungünstige ökonomische Voraussetzungen für das Überleben in einem neoliberal geregelten Wirtschafts- und Währungsverbund mit einer der größten Exportmaschinen der Welt – und noch schlechtere für den Erfolg eines rigiden Austeritätsregimes.

Nun war der Goldgräberboom bis 2008 keineswegs durch ein entsprechendes Produktions- und Produktivitätswachstum gedeckt. Der Wachstumssprung des breitgefassten Industrieproduktionsindex von 1998 bis 2000 von etwa 20 Prozent dürfte vor allem erwartungsinduziert gewesen sein: Aufgrund der kommenden gemeinsamen Währung würden Kredite schlagartig billig zu haben sein und wurden dann auch, angesichts der angenommenen gesamteuropäischen Bürgerschaft, von den internationalen Kreditgebern bereitwillig vergeben. Im August 2000 war allerdings schon das Allzeithoch der Industrieproduktion erreicht. Bis 2008 stagnierte sie, um danach auf rund 30 Prozent, auf einen Stand vor 1980, abzustürzen. Eine beeindruckende Dokumentation der Erfolge des austeritätspolitischen Krisenmanagements. (...)

Staatsschulden und Finanzmärkte

In seinem lesenswerten, gewissermaßen programmatischen Beitrag »Die Fünfte Gewalt« in *Die Zeit* vom 27. April 2000 hatte der damalige Deutsche-Bank-Chef Rolf-E. Breuer kurz vor der Euro-Einführung die fundamentale Infragestellung der staatlichen Souveränität durch die international agierende Finanzindustrie aufgegriffen. Breuer bestreitet den Souveränitätsverlust keineswegs. Im Gegenteil. Allerdings liege darin kein Problem, sondern ein positives Momentum. Aufgrund einer »weitgehenden Interessenkongruenz zwischen Politik und Finanzmärkten« nähme die »fünfte Gewalt« – eben die Finanzmärkte – mit Hilfe ihrer »effizienten Sensoren«, Fehlentwicklungen frühzeitig wahr und setze die Politik unter einen ständigen Erklärungs- und Entscheidungsdruck. Im Abschnitt »Die Staaten müssen sich nach den Anlegerwünschen richten« wird der Exbankchef deutlich: »Je höher die Staatsverschuldung, desto mehr sind Staaten dem Urteil der Finanzmärkte ausgesetzt [...]; die Staaten stehen als Schuldner im Wettbewerb mit anderen Staaten.«

Mit dem neoliberalen Ausbruch aus der Weltwirtschaftskrise 1975/76 beginnt in den führenden kapitalistischen Staaten der Marsch in die Staatsverschuldung. Das strukturelle Haushaltsdefizit, die wachsende Staatsverschuldung ist Voraussetzung und Ergebnis des neoliberalen Krieges gegen eine angeblich zu hohe Staatsquote. Voraussetzung, weil nur unter dem selbstgebastelten Damoklesschwert des hohen Schuldenstands der permanente Sparzwang, also eine kontinuierliche Senkung der Ausgaben begründbar erscheint. Und Ergebnis, weil das Konzept der kontinuierlichen Steuersenkung (»Privat vor Staat«) an den unabdingbaren gesellschaftlichen und politökonomischen Erfordernissen des realen Krisenkapitalismus vorbeigeht, das finanzkapitalistische Diktat des Abbaus der Einnahmen dem realpolitisch möglichen Abbau der Ausgaben also strukturell davonläuft. Der neoliberal schlanke Schuldenstaat muss daher seine Aufgaben und Schulden zu einem steigenden Anteil durch Kredite der von Breuer umrissenen »freien Finanzmärkte« finanzieren. Statt von ihnen Steuern zu kassieren, bleibt ihm nichts übrig, als ihnen Zinsen zu zahlen.

Wie der Bankchef zu Recht andeutet, war bei der Gründung der Euro-Zone diese Grundstruktur der neoliberalen Staatsfinanzierung längst etabliert. Ein (finanzpolitisches) Euro-Motiv von Ländern wie Griechenland lag in der angenommenen Aufhebung des oben zitierten zweiten Satzes: »Staaten stehen als Schuldner im Wettbewerb mit anderen Staaten.« Die Mitgliedschaft in einem starken Währungsverbund mit dem starken Deutschland an der Spitze gab Anlass zur Hoffnung auf beste Refinanzierungskonditionen. Denn die Renditen für Staatsanleihen in Südeuropa lagen im Schnitt etwa

fünf Prozent über den deutschen.

Dieses Versprechen funktionierte tatsächlich. Die gemeinsame Währung, der freie Warenverkehr und die Niederlassungsfreiheit für Unternehmen sorgten für ein luxuriöses Angebot und die »freien Kapitalmärkte« für den erforderlichen, jetzt sensationell günstigen Kredit. Die große Nachkriegssause, mit der es der »freie Westen« nach seiner Rückeroberung des Ostens noch einmal so richtig krachen ließ, konnte auch in Griechenland beginnen.

Die Weltwirtschaft stand nach der Jahrtausendwende vor dem Ende des Konjunkturzyklus, und – typisch für diese Situation – es kommt vor der unvermeidlichen Krise zu einem »irrationalen Überschwang«. Der Boom nährte den Boom und die Kredite nährten die Kredite. Alles schien noch einmal möglich. Schließlich wurden die Derivate immer abenteuerlicher. Es endete, wie immer, mit dem spektakulären Platzen der Kreditblase. Allerdings gelang es »Big Money« diesmal auf breiter Front, seine Miesen in die Staatskassen zu verschieben. Das hatte vorher nicht einmal ein Rolf-E. Breuer zu schreiben gewagt. Nun, in der Krise, kam es knüppeldick. Die ausfallenden Steuereinnahmen, die rapide steigenden Sozial- und Konjunkturausgaben plus die immensen Kosten der Bankenrettung katapultierten die Defizite und Schuldenstände der Staaten in ungekannte Höhen. (...)

In der Monetarismusfalle

Durch die große Ernüchterung der Krise wurde der Blick wieder weg vom Kasino auf die Realwirtschaft gerichtet. Die Phantasien von einer Wertschöpfung aus der Omnipotenz des Geldes und seiner Jongleure sind bis zum nächsten »Überschwang« erst einmal wieder eingemottet. Die Verschuldung Griechenlands ist, abgesehen von den finanzpolitischen Absurditäten, realwirtschaftlich betrachtet, vor allem Ausdruck seiner krassen ökonomischen Unterlegenheit.

Der »freie Markt« bedeutet nicht die Freiheit des Kartoffelmarktes im globalen Weltdorf, sondern selektive Konkurrenz gegen die stärksten Unternehmen des Globus. Der Durchsetzung der Maximierung des Profits und der Kapitalakkumulation wohnt seit jeher eine auf völlige Vernichtung ausgerichtete Konsequenz inne: »Ein Kapitalist schlägt viele tot«. Im Stadium des Imperialismus ist dieses Prinzip machtpolitisch auf staatliches Niveau gebracht. Was das ökonomisch bedeutet, mussten viele Länder der »Dritten Welt« schmerzvoll erfahren, als sie – sie hatten sich gerade unter unzähligen Opfern aus der kolonialen Hörigkeit gekämpft – nur wenig später in die neokoloniale Abhängigkeit des Dollar-Imperialismus gerieten.

Die währungspolitische Vereinigung in ihrer Leistungsfähigkeit dramatisch unterschiedlicher Ökonomien unter explizitem Ausschluss relevanter, rückausgleichender Transferleistungen bedeutet in etwa so viel wie die Institutionalisierung des ökonomischen Faustrechts bei Nationalisierung der sozialen Folgekosten. Nun steckt Griechenland ebenso in der Monetarismusfalle wie die Länder der »Dritten Welt« vor rund 30 Jahren. Zwar fiel während des kreditfinanzierten Aufschwungs des Balkanstaates die wirtschaftliche Dominanz des wiedervereinigten Deutschland nicht sonderlich ins Gewicht. Doch spätestens mit dem Platzen der Blase und der abrupten Illiquidität einerseits und der ständig wirksameren Aufrüstung der deutschen Exportmaschine mit den von der SPD-Grünen-Regierung verordneten Dumpinglöhnen andererseits, verlor der Süden Euro-Lands wirtschaftlich immer stärker. Die Performance des europäischen Industrieoutputs spricht Bände. Ausgehend vom Jahr 2000 schoss der Volumenindex in Deutschland um über 20 Prozent nach oben während er gleichzeitig in Frankreich, Portugal, Spanien und Italien zwischen 16 und 24 Prozent absackte. In Griechenland ging es um rund 30 Prozent nach unten.

Hier liegt die materielle Basis der dramatischen Handelsungleichgewichte in Europa und des deutschen Merkantilismus. Während Deutschland zwischen 1991 und 2001 noch deutliche Leistungsbilanzdefizite ansammelte (insgesamt rund 235 Milliarden Euro) schoss die Bilanzkurve mit der Euro-Einführung steil nach oben: bis 2014 rund 1.500 Milliarden Euro). Außer Deutschland schafften in diesen 22 Jahren nur die Niederlande und Schweden ein deutliches Leistungsbilanzplus, Finnland und Österreich retteten sich gerade so in den positiven Bereich, und das kleine Griechenland akkumulierte ein Leistungsbilanzdefizit von mehr als 270 Milliarden Euro. Das darin enthaltene Handelsbilanzdefizit erreicht kumuliert satte 600 Milliarden Euro.

Um diese Defizite finanzieren zu können, sind entsprechende Kredite erforderlich. Die griechische Auslandsverschuldung NIIP (Net International Investment Position) lag im zweiten Quartal 2014 bei 225 Milliarden Euro. Die ELA-Notfallkredite stehen mit 84 Milliarden Euro zu Buche, der Target-2-Saldo, also die Verbindlichkeiten gegenüber dem europäischen Zentralbanksystem, mit 99 Milliarden Euro. Die Finanzaktiva, die Forderungs- und Eigentumsrechte der griechischen Zentralbank summieren sich auf 160 Milliarden Euro; griechische Banken sind also bei ihr in dieser Höhe verschuldet. Die Aktiva der Handelsbanken betragen rund 395 Milliarden Euro (darunter haben sich faule Kredite in Höhe von 77 Milliarden Euro angesammelt). Der Privatsektor ist mit 212 Milliarden Euro verschuldet, der griechische Zentralstaat mit 325 Milliarden.

Unter ungeheuren Opfern, einer dramatischen Absenkung der Löhne und des Importvolumens gelang es den Austeritätsfetschisten 2014 aus all der Trostlosigkeit in Griechenland ein Leistungsbilanzplus von 1,5 Milliarden Euro herauszuquetschen. Hauptsächlich aufgrund des Tourismusbooms, der sich aus der zunehmenden Angst vor Terroristen in Urlaubszielen wie Ägypten speist. Das ist nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein. Selbst wenn sich die jetzige Entwicklung auf ihrem katastrophalen Niveau fortsetzen ließe, wäre die Vorstellung, die Schulden so abtragen zu wollen, an Absurdität nicht zu überbieten. Gleiches gilt für die Idee, über die Austeritätspolitik die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes soweit heben zu können, dass damit ein Weg aus dem Drama gefunden werden könnte. Griechenland ist mit all diesen Mitteln nicht zu retten.

Brüssel gegen Syriza

Wäre die Absenkung des Lohnniveaus, die Verarmung der Bevölkerung hinreichend, um ökonomische Prosperität zu erreichen, repräsentierte die Subsahararegion vermutlich die Spitze der ökonomischen Dynamik. Selbst die führenden Industrie- und Technologiestaaten in Westeuropa, allen voran die Bundesrepublik, brauchten nach dem Zweiten Weltkrieg die Marshallplan-Milliarden, um die notwendigen Anschubinvestitionen tätigen zu können. Ohne Investitionen in neue Produkte und Fertigungsanlagen, in Qualifikation und Knowhow ist ein wirtschaftlicher Aufschwung nicht vorstellbar. Aber wer investiert schon in den Bankrott? Die Bruttoinvestitionen Griechenlands liegen bei unterirdischen elf Prozent vom BIP. Und die Nettoinvestitionen von minus acht Prozent vom BIP machen endgültig klar, dass das Land vom Substanzverzehr lebt.

Allerdings agiert das heutige Griechenland, anders als die Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg, in einem übersättigten Markt. Während den Nachkriegsunternehmen die raren Waren aus den Händen gerissen wurden, herrscht heute ein Überangebot an beinahe allem. Einen Marktneuzugang zu finden ist heute ausgesprochen aufwendig und kostenintensiv und in vielen Sektoren wohl nur in Nischen erfolversprechend. (...)

Zum Redaktionsschluss der *Marxistischen Blätter* war die Erpressung Griechenlands mit der ausstehenden Kredittranche in Höhe von 7,2 Milliarden Euro noch in vollem Gange. Erklärtermaßen möchte die Bundesregierung auch die Syriza-Regierung auf die volle Einhaltung des alten Austeritätskurses verpflichten. Statt der korruptions- und kooperationswilligen alten Systemparteien, der politischen Sprachrohre der griechischen Oligarchie, hat der Krisenprozess das neue, eher heterogene, links orientierte Bündnis Syriza ins Amt gehoben. Da gilt es, über die Austeritätslogik hinaus, eine linke Alternative in Europa nicht zu Erfolgen kommen zu lassen. Zu hoch ist sonst das Risiko eines Einbruchs auf breiter Front für das Berliner »Rettungs«-Konzept.

Natürlich ist alles wünschenswert, was Syriza etwas Luft zum Atmen und der griechischen Bevölkerung eine Erleichterung der Krisenlasten verschafft. Wenn auch nur kurzfristig. Hier wären die sofortige Auszahlung der Kredittranche, ein Schuldenschnitt, die Akzeptanz griechischer Anleihen durch die EZB einige entlastende Maßnahmen. Aber nichts hilft an dem Faktum vorbei, dass sich der Boom von 2001 und den folgenden Jahren nicht wieder zurückholen lässt. Natürlich ließen sich die erdrückenden Schulden auf verschiedene Art und Weise hinwegmonetarisieren. Es würde aber, selbst wenn so etwas durchsetzbar wäre, an der schuldengenerierenden, realwirtschaftlichen Grundstruktur der Euro-Zone nichts ändern. Längerfristig lässt sich so die Frage der Perspektive in einer gemeinsamen Währungszone in Europa, dessen dominante Wirtschaftsmacht gegenüber anderen Euro-Mitgliedsländern hart merkantilistisch agiert, nicht verdrängen. Ja, je klarer die Haltung in der strategischen Frage ist, je plausibler eine Exitstrategie erkennbar ist, umso eher sind auch taktische Erfolge möglich. Natürlich wäre für Griechenland ein Ausstieg aus dem Euro, insbesondere jetzt nach den Verwüstungen durch die Berlin-Brüsseler »Rettung«, ausgesprochen schmerzhaft. Jedoch heißt die einzige Alternative zu einem Exit: fortgesetzte Verwüstung des Landes. Allerdings scheint ein Ausstieg für Syriza politisch beinahe ebenso außerhalb der Reichweite wie ein substantielles Entgegenkommen der Bundesregierung. Beide hätten die von der jeweiligen Bewusstseinsindustrie massiv forcierte Massenmeinung so klar gegen sich, dass sie dergleichen politisch wohl kaum überleben dürften. (...)

<http://www.jungewelt.de/2015/06-23/002.php>